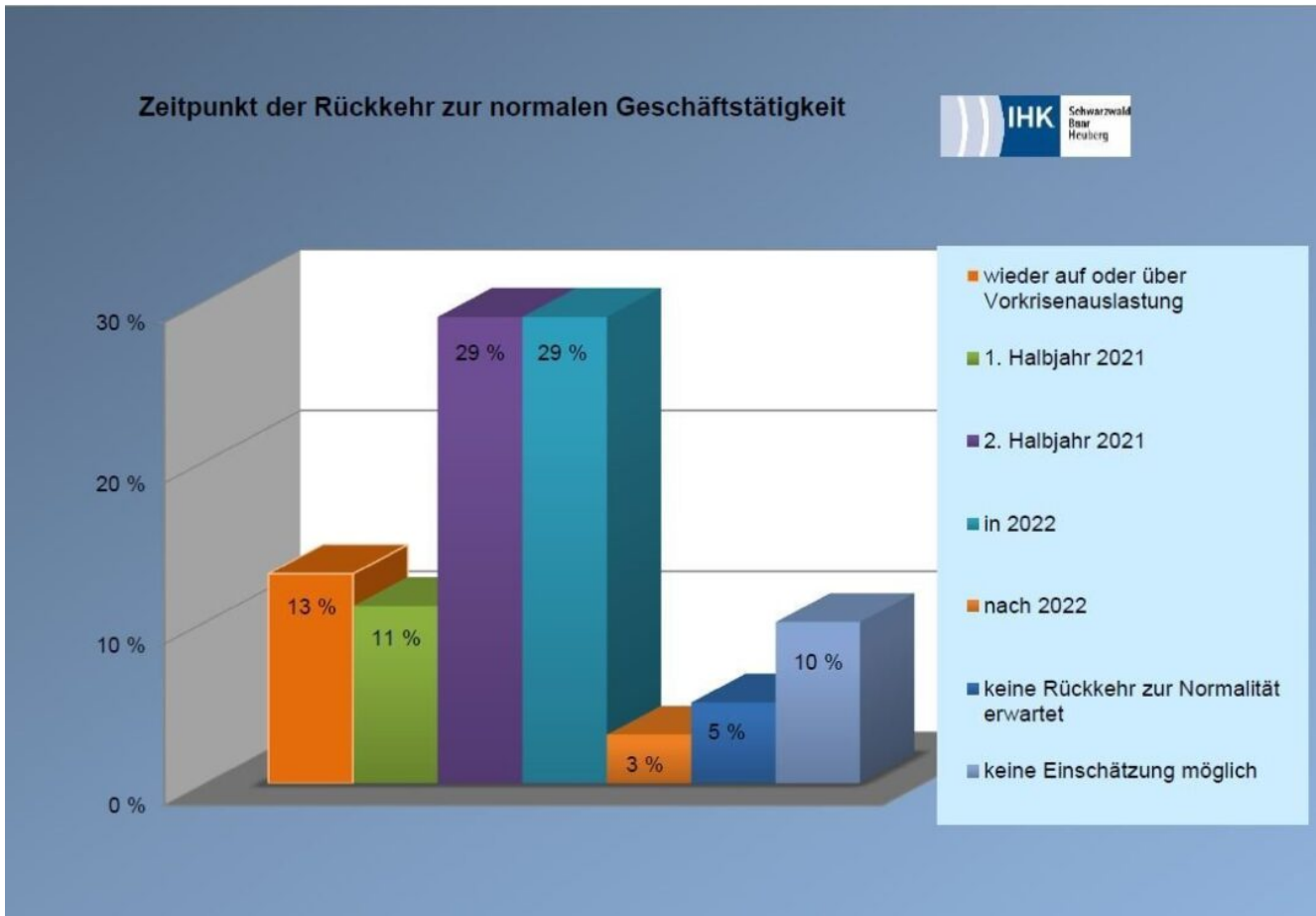


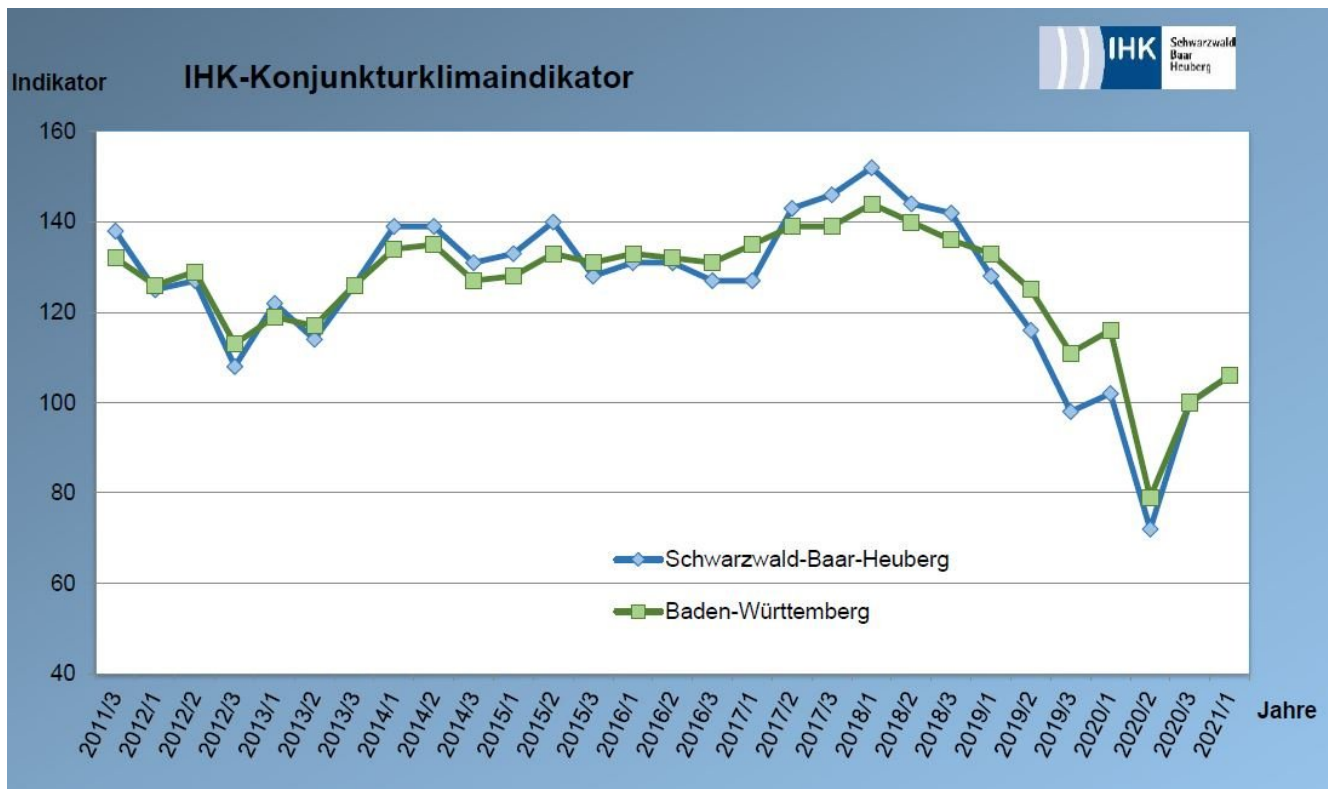
Regionale Konjunktur zeigt sich weiterhin robust



IHK-Umfrage zum Jahreswechsel / Exportorientierte Industrie als wichtige Stütze / Besonders von Pandemie belastete Branchen brauchen Hilfe

Die bereits im Herbst vergangenen Jahres zu beobachtende Erholung der Wirtschaft in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg habe sich zum Jahresbeginn fortgesetzt. In der aktuellen Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) Schwarzwald-Baar-Heuberg zum Jahreswechsel zeige sich die regionale Konjunktur trotz des erneuten Corona-Lockdowns erstaunlich robust. das berichtet de IGHK in einer Pressemitteilung

26 Prozent der befragten regionalen Unternehmen berichteten von gut laufenden Geschäften (Herbst 2020: 21 Prozent), 49 Prozent (Herbst 2020: 46 Prozent) bezeichneten sie noch als befriedigend.



„So erfreulich die Ergebnisse auch sind, sie dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Großteil unserer Unternehmen noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt ist“, sagt IHK-Präsidentin Birgit Hakenjos. Die Hotellerie und das Gastgewerbe, der stationäre Einzelhandel, der keine Produkte für den täglichen Bedarf verkaufe, sowie Dienstleister aus der Messe-, Veranstaltungs- und Reisebranche bangten nach wie vor um ihre Existenz. Jedes dritte Unternehmen in der Region beklage einen Rückgang seines Eigenkapitals, rund ein Viertel Liquiditätsengpässe, fünf Prozent drohe die Insolvenz. Im regionalen Hotel- und Gaststättengewerbe stehe sogar jeder dritte Betrieb vor dem Aus, im Einzelhandel sei dies bei jedem siebten Geschäft der Fall.

Die staatlichen Wirtschaftshilfen und das Kurzarbeitergeld verhinderten bislang, dass die Corona-Krise in vollem Umfang auf den Arbeitsmarkt durchschlägt. Einige Unternehmen warteten jedoch weiterhin auf eine vollständige Auszahlung der beantragten Corona-Hilfen. Daher begrüße die regionale Wirtschaft die Absicht der Bundesregierung, für die Unternehmen, die einen Anspruch auf finanzielle Hilfen aus den aufgelegten Corona-Hilfsprogrammen haben, die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. April dieses Jahres zu verlängern.

Knapp 30 Prozent der Firmen aus der Region erwarteten, im zweiten Halbjahr wieder zur normalen Geschäftstätigkeit zurückkehren zu können. Ein gleich hoher Anteil rechne damit im kommenden Jahr. Gründe dafür seien das umsichtige Pandemiemanagement der Firmen, die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und insbesondere die zuversichtlichen Exportperspektiven.

42 Prozent der regionalen Industriefirmen rechneten in den kommenden zwölf Monaten mit einer steigenden Exportnachfrage aus dem Ausland, insbesondere aus der Euro-Zone, aber auch aus Asien und Nordamerika. „Umso wichtiger ist es“, so die IHK-Präsidentin, „die Industrie weiter am Laufen zu halten – trotz zweiter Infektionswelle, Reisebeschränkungen und großflächiger Schließungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen“. Allerdings spiegelten diese Erwartungen mögliche wirtschaftliche Rückschläge durch die Verbreitung von Virus-Mutationen noch nicht wider.

„Die Wirtschaft ist sich bewusst, dass das Pandemiegeschehen nur schwer vorhersehbar ist, und der Gesundheitsschutz hat nach wie vor oberste Priorität. Dennoch braucht die Wirtschaft verlässlichere, berechenbare Planungsgrundlagen für die nahe Zukunft“, betont die IHK-Präsidentin. Die Corona-Krise verschärfe darüber hinaus die Anforderungen an den Strukturwandel. Deshalb brauche es weniger Belastungen, weniger Bürokratie, weniger Steuern, eine bessere Infrastruktur und mehr Anreize für Innovationen und Investitionen.

Durch den Brexit entstünden für die regionale Wirtschaft im Handel mit Großbritannien zusätzliche bürokratische Belastungen, bei deren Bewältigung die IHK ihren Mitgliedsbetrieben Unterstützung anbiete. Demgegenüber eröffneten sich durch das Investitionsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und China neue Chancen. Zusätzliche Potenziale auf den Weltmärkten ergäben sich aufgrund der Fortschritte in den Verhandlungen für ein EU-Australien-Handelsabkommen sowie durch das weltgrößte Freihandelsabkommen R.C.E.P. im asiatisch-pazifischen Raum.

Mit der Wahl von Joe Biden zum neuen US-Präsidenten bestehe darüber hinaus die Hoffnung, dass die transatlantischen Beziehungen planbarer werden. Multilaterale Lösungen und gemeinsame Initiativen für faire Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten würden aus Sicht der regionalen Wirtschaft wahrscheinlicher.



Professor Lars Feld. Foto: pm

Prof. Dr. Lars Feld, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der beim letzten IHK-Konjunkturgespräch zu Gast war, plädiert für neue Handelsbeziehungen mit den USA: „Angesichts des zunehmenden Protektionismus seit der Finanzkrise sind neue Impulse für die Globalisierung eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Die neue amerikanische Administration ist zwar nicht freihändlerisch ausgerichtet. Aber jenseits von Chlorhühnchen und Schiedsgerichten lohnt es sich, einen neuen Handelsvertrag mit den USA anzugehen. Darin könnten sich auch Klimavereinbarungen finden, die eine CO₂-Grenzausgleichsregelung der EU unnötig machen würden.“